



## Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

|  |                              |                             |
|--|------------------------------|-----------------------------|
| Sitzungsort:<br>Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG |                              | Sitzung-Nr.:<br>KBA/04/2024 |
| Sitzungsdatum:<br>Dienstag, 09.07.2024                     | Sitzungsbeginn:<br>16:00 Uhr | Sitzungsende:<br>18:48 Uhr  |

### Teilnehmerverzeichnis

| Vorsitz                                   |  |
|---|--|
| Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll |  |
| Bürgermeisterinnen                        |  |
| Bürgermeisterin Petra Kleine              | online   von 16:03 bis 18:12 Uhr, TOP 1 nöSi |
| Ausschussmitglieder                       |  |
| Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel       |  |
| Herr Stadtrat Hans Achhammer              |  |
| Frau Stadträtin Brigitte Mader            |  |
| Frau Stadträtin Petra Volkwein            |  |
| Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann       |  |
| Frau Stadträtin Agnes Krumwiede           |  |
| Frau Stadträtin Barbara Leiningner        |  |
| Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß         |  |
| Herr Stadtrat Lukas Rehm                  | Stellvertretung für Herrn Stadtrat Lipp      |
| Herr Stadtrat Fred Over                   |  |
| Frau Stadträtin Veronika Hagn             |  |
| Herr Stadtrat Jürgen Köhler               |  |
| Entschuldigt                              |  |
| Herr Stadtrat Oskar Lipp                  |  |

**Tagesordnung:**

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

**Öffentliche Sitzung****4**

- |      |   |    |
|------|---|----|
| 1 .  | Museum für konkrete Kunst und Design (MKKD)<br>- 4. ergänzende Projektgenehmigung<br>(Referenten: Herr Hoffmann)<br>Vorlage: V0474/24   | 4  |
| 2 .  | Aktuelle Information zum Kulturgesehen  | 8  |
| 3 .  | Sachstandsbericht Schulbaumaßnahmen   | 9  |
| 4 .  | Einführung eines undotierten Kulturpreises<br>(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)<br>Vorlage: V0415/24   | 14 |
| 5 .  | Jahresbericht 2023 -2024 Stadtbücherei Ingolstadt<br>(Referent: Herr Engert)<br>Vorlage: V0361/24   | 15 |
| 6 .  | VHS-Verbund Ingolstadt-Eichstätt<br>(Referenten: Herr Engert, Herr Grandmontagne)<br>Vorlage: V0428/24  | 19 |
| 7 .  | Bericht der Projektgruppe Opfer des Nationalsozialismus in Ingolstadt<br>(Mündlicher Bericht: Herr Grandmontagne)   | 20 |
| 8 .  | Betreuung von Kindern an Ingolstädter Grundschulen im Rahmen der offenen<br>Ganztagsschule; hier: Gebührenübernahme bei geringem Einkommen<br>(Referenten: Herr Engert)<br>Vorlage: V0371/24                                    | 22 |
| 9 .  | Neugründung 3. staatliche Realschule; Sanierung und Umbau Haus D, Brückenkopf 1,<br>85051 Ingolstadt zur Nutzung als Interimsschulgebäude; Programmgenehmigung<br>(Referenten: Herr Engert, Herr Hoffmann)<br>Vorlage: V0404/24 | 22 |
| 10 . | Teilweise Umbenennung der Parkstraße in „Hugo-Höllenreiner-Straße“<br>-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der<br>Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 27.04.2023-<br>Vorlage: V0417/23                             | 27 |
| .    | Stellungnahme der Verwaltung<br>(Referent: Herr Hoffmann)<br>Vorlage: V0401/24  | 28 |

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Kultur und Bildung ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

### **Öffentliche Sitzung**

TOP 3 .     Untersuchung zum Ingolstädter Nationalsozialismus  
Auftragserteilung  
(Referent: Herr Grandmontagne)  
**V0477/24**

*soll als TOP 3 im **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung behandelt werden.*

---

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 10 „Museum für konkrete Kunst und Design (MKKD) – 4. Ergänzende Projektgenehmigung“ auf TOP 1 des öffentlichen Teils vorzuziehen, da Herr Fleckinger aus terminlichen Gründen weiter müsse. Weil es sich beim TOP 3 „Untersuchung zum Ingolstädter Nationalsozialismus Auftragserteilung“ um eine Auftragsvergabe handle, müsse diese als TOP 3 in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden. Außerdem solle es keinen Sachstandsbericht zum MKKD zum Anfang jeder Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung mehr geben, teilt sie mit und erklärt, dass sie darum gebeten habe, anstelle dessen einen Sachstandsbericht zu den Schulbaumaßnahmen einzuführen, um die Fortschritte der Schulbauten regelmäßig verfolgen zu können. Dieser Sachstandsbericht solle alle zwei Sitzungen abgehalten werden.

*Abstimmung über die Tagesordnung:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

---

*Abstimmung über den Turnus des Sachstandsberichts Schulbaumaßnahmen, diesen jedes zweite Mal im Ausschuss für Kultur und Bildung abzuhalten:*

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung).

## Öffentliche Sitzung

### Beratend

- 1 . **Museum für konkrete Kunst und Design (MKKD)**  
**- 4. ergänzende Projektgenehmigung**  
**(Referenten: Herr Hoffmann)**  
**Vorlage: V0474/24**

#### Antrag:

1. Für das Bauvorhaben Museum für Konkrete Kunst und Design wird eine 4. Ergänzende Projektgenehmigung erteilt.
2. Die bisher genehmigten Kosten in Höhe von 46,9 Mio. € werden um zusätzliche Kosten in Höhe von 12,95 Mio. € ergänzt und genehmigt. Die Gesamtkosten betragen damit voraussichtlich 59,85 Mio. €.
3. Die benötigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 12,95 Mio. € sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung auf der Haushaltsstelle 321300.940010 Museum für Konkrete Kunst – Hochbaumaßnahmen, Neubau entsprechend einzustellen.
4. Es wird zukünftig kein regelmäßiger Sachstandsbericht im Ausschuss für Kultur und Bildung mehr gegeben, ersatzweise wird beim Erreichen von wichtigen Meilensteinen berichtet.
5. Drei Werbestelen im Außenbereich des Museums sollen als digitale Variante umgesetzt werden – die Mehrkosten in Höhe von 50.000 € werden genehmigt. Diese Kosten sind in den unter Punkt 2 genannten Mehrkosten bereits enthalten.
6. Die Verwaltung wird ermächtigt, mit dem Generalplaner und Projektsteuerer Honoraranpassungen infolge Bauzeitverlängerung zu vereinbaren.
7. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die Verpachtung der Gastronomie abweichend von den ursprünglichen Planungen nunmehr ohne Ausstattung erfolgen soll. Dies führt gegebenenfalls zu Änderungen beim Vorsteuerabzug. Eventuell anfallende Rückzahlungen sind nach Abschluss der Prüfungen unverzüglich zu leisten.

Der Bericht über das MKKD, der eingangs jeder Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung abgehalten worden sei, sei durch den Ausschuss und den Stadtrat festgelegt worden, erklärt Herr Hoffmann. Deswegen habe man zu diesem Thema in der Vorlage einen eigenen Antragspunkt erstellt, damit dieser Bericht zukünftig nicht mehr gegeben werden müsse. Vor der heutigen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung habe man eine Führung durch die Baustelle des MKKD abgehalten. In-

zwischen befinde man sich in der Phase des normalen „Rohbaugeschehens“. Im Untergeschoss seien im Bereich des Ausbaus bereits die Rohinstallationen der Versorgungsleitungen soweit erfolgt, wie es mit dem sich dort befindlichen Stützenwald eben gehe. Solange man in den oberen Stockwerken mit schwerem Gerät noch betoniere, könne der Stützenwald auch nicht abgebaut werden. Die Betonage werde derzeit vorbereitet. Gerade würden die Schallungen gestellt und die Armierungseisen eingelegt werden. Die Fenster- und Fassadenarbeiten werden im Sommer voranschreiten. Die Putzarbeiten liefen bereits. Bei der Führung sei die Frage aufgekommen, wann das MKKD fertiggestellt werde. Wie in der Vorlage aufgeführt, würden sich die Arbeiten bis in die zweite Jahreshälfte 2025 ziehen. Man hoffe, dass der Terminplan eingehalten werden könne, damit man im Spätsommer beziehungsweise Herbst 2025 fertig sei. Leider hätten die umgebogenen Armierungseisen eine weitere Zeitverzögerung verursacht. Die endgültige Eröffnung, die ein halbes Jahr Vorlauf brauche, könne erst auf den Winter im Jahr 2025 oder das Frühjahr in 2026 anberaumt werden. Man plane aber, das Museum immer wieder zu zeigen und, wenn das Gebäude baulich fertiggestellt sei, vielleicht auch für die Bevölkerung zu öffnen und Führungen anzubieten. Am Ende würde sich der Gesamtkostenrahmen auf 59,85 Millionen Euro belaufen. Die neu dazu gekommenen 12,95 Millionen Euro habe er in den letzten Sitzungen immer wieder angekündigt, so Herr Hoffmann. Zu Ziffer 3 der Vorlage erläutere er, dass der größte Teil in Höhe von 9 Millionen Euro auf die Auswirkungen aus den allgemeinen Baupreissteigerungen zurückzuführen sei. Dies sei unter Punkt 2.2 ausführlich dargestellt. Die Baupreissteigerungen hätten auf die bestehenden Vertragsverhältnisse, auf die zwischenzeitlich Beauftragten und die noch nicht beauftragten Bauleistungen Auswirkungen. Die meisten Bauleistungen seien allerdings bereits beauftragt. Im Bereich der Ausstattung habe man die Museumsausstattung nochmals von einem Museumsplaner überprüfen lassen. Dies habe ergeben, dass aufgrund von Baupreissteigerungen, noch eine Summe in Höhe von 800.000 Euro benötigt würde, die so nicht eingeplant gewesen war. Auch bei den Entsorgungskosten gebe es eine leichte Steigerung. Von der IFG als vorheriger Grundstückseigentümerin und der INKB erhalte man zwar teilweise Kosten zurück, insgesamt fielen jedoch circa 500.000 Euro Mehrkosten an. Man habe einfach mehr Material, das z-klassifiziert gewesen sei, gefunden und auf einer Deponie vorschriftenkonform entsorgen müssen. Dies sei etwas teurer gewesen als geplant. Außerdem seien über die lange Bauzeit hinweg ein paar Normen geändert worden. Beim Sicherheitskonzept würden sich die Kostensteigerung auf 180.000 Euro belaufen. Anfangs sei an dieser Stelle deutlich mehr erwartet worden. Mittlerweile befinde sich

bei der Baustelle aber auf der Zielgeraden. Man müsse, vorausgesetzt man habe die Zustimmung des Stadtrates, den Bau nur noch fertigstellen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hat immer gehofft, dass die Kosten unter 60 Millionen Euro bleiben würden, was man zum Glück vielleicht gerade so erreichen werde. Es werde ein schönes Projekt, betont sie. Man hoffe, dass das MKKD entsprechend Menschen anziehe und den Erfolg hat, den man sich erwarte.

Herr Fleckinger verweist auf die Antragsziffer 7. Dort sei das Thema der Vorsteuer bei der Verpachtung der Gastronomie aufgeführt. Maßgeblich für den Vorsteuerabzug, der im mittleren bis hohen sechsstelligen Bereich liegen würde, sei die frühzeitige, festgelegte Verwendungsabsicht der unternehmerischen Nutzungen. Die Vollausstattung der Gastronomie habe sich im Laufe der Jahre verändert. Der Stadtrat hatte in den Jahren 2019 und 2021 die Entscheidung getroffen, Flächen und nicht den eingerichteten Gastronomiebetrieb, zu vermieten. Das bedeute, sobald der vorgesehene endgültige, konkrete Pachtvertrag vorliege, werde er von der Kämmerei steuerlich beurteilt und geprüft. Wenn diese Prüfung nach dem Pachtverhältnis abgeschlossen sei, werde diese Umsatz- beziehungsweise Vorsteuerkorrektur vorgenommen, informiert Herr Fleckinger. Das bedeute wiederum, dass gegebenenfalls eine entsprechende Rückzahlungssumme an das Finanzamt sehr schnell zu erfolgen habe.

Am 27.02.2019 sei vom Stadtrat der Beschluss (V0173/19) gefasst worden, sämtliche Anschlüsse der Kühlräume für die Gastronomie umzusetzen und die Vergabe der Gastronomie so auszuschreiben, dass die Ausstattung der Teil der Ausschreibung sei, Herr Hoffmann seinen Vorredner. Dies sei inzwischen passiert. Die Ausstattung der Gastronomie sei Bestandteil dieser Ausschreibung und werde in Abstimmung mit dem Betriebskonzept vorgenommen und dem Stadtrat vorgelegt. Dann solle man das machen, was für die Stadt Ingolstadt unter Vorsteueraspekten, am günstigsten sei.

Den letzten Satz seitens Herrn Hoffmann könne er so nicht bestätigen, meint Herr Fleckinger. Es gehe vielmehr darum, wie sich der genaue Sachverhalt gestalte. Künftig würden Flächen vermietet werden und kein ausgestatteter Kochbetrieb.

Hinsichtlich der Auswahl des Gastronomen habe es bereits Sitzungen gegeben, berichtet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Mittlerweile sei bereits jemand Bestimmtes

im Blick. Namen könnten erst mitgeteilt werden, wenn die Verträge unterzeichnet seien.

Der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei ein ausgesprochenes Anliegen gewesen, die Ausstattung der Gastronomie an das MKKD anzupassen und vorab dem Stadtrat vorzustellen, bekräftigt Stadträtin Leininger. Sie möchte wissen, wie das weiterhin sichergestellt werden solle.

Zwischen der Ausstattung im Küchenbetrieb und dem Gastrobereich vorne müsse unterschieden werden, so Herr Hoffmann an Stadträtin Leininger gewandt. Ersteres sei momentan so ausgeschrieben, dass es der Gastronom selbst mitbringe, es sei denn, es sei für die Stadt Ingolstadt unter steuerlichen Aspekten unwirtschaftlich. In diesem Fall würde sie die Stadt eventuell selbst stellen. Für den vorderen Gastrobereich werde im Vertrag eine Regelung enthalten sein, diesen mit der Museumsleitung und der Stadt abzustimmen. Auch diese müsse der Gastronom selbst mitbringen, aber nachdem es von den beiden Parteien freigegeben worden sei, sodass es zum Einrichtungskonzept passe. Es werde so ablaufen, dass der Gastronom drei bis vier Vorschläge vorlege, aus dem man gemeinsam einen aussuche.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll versichert, dass das Ergebnis alle Parteien überzeugen werde.

Das Design der Möblierung und die Gastraumgestaltung mit dem Verpächter, insbesondere dem Museum für Konkrete Kunst und Design abzustimmen, sei Bestandteil der Ausschreibung gewesen, ergänzt Herr Fleckinger an Stadträtin Leininger gewandt. Des Weiteren geht er auf einen entsprechenden Finanzierungshinweis der Kämmerei in Sitzungsvorlagen ein. Bei einigen eingereichten Beschlussvorlagen gebe es seitens der Kämmerei eine Anmerkung, dass diese Vorlage keine Finanzierung oder Anmeldung über das laufende Budget beziehungsweise Planansätze habe. Diese Vorlagen seien mit zusätzlichen, nicht geplanten Mitteln verbunden und würden bei einer Mittelanforderung entgegen des Grundsatzbeschlusses im Oktober 2023 zur Konsolidierung stehen. Dieser Hinweis sei wertfrei zu verstehen hinsichtlich nicht hinterlegter und nicht bereitgestellter Finanzierungen. Natürlich sei der Stadtrat das Organ, welches über diese Sitzungsvorlage beschließen und auch entsprechend beurteilen. Herrn Fleckinger betont, dass das seitens der Stadtverwaltung keine Ablehnung sei, sondern nur ein wertfreier Hinweis.

Stadtrat Achhammer fragt an seinen Vorredner gewandt, ob es in den jeweiligen Sitzungen des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit möglich sei, nach einer gewissen Zeit einen Überblick zu erhalten, inwieweit man von den Konsolidierungsbeschlüssen abgewichen sei. Schließlich werde man in diesem Sitzungslauf noch einige solcher Vorlagen mit Finanzierungshinweis behandeln.

Herr Fleckinger antwortet an Stadtrat Achhammer gewandt, dass man gerade die entsprechenden Meldungen der Referate zum Haushalt 2025 aufnehme. Es gebe bereits Hinweise, Meldungen und Darstellungen, dahingehend, dass die Budgetvorgaben nicht eingehalten werden können und dass erhebliche Mehranmeldungen stattfinden würden. Letztere würden den Verwaltungshaushalt, den Sachaufwand und die Investitionen betreffen. Er betont, dass es äußerst eng werde. Natürlich werde das Thema Konsolidierungsbeschlüsse auch mit dem Finanzlagebericht verknüpft werden. Die ersten Ergebnisse könne man in den Beschlussvorlagen über die Tarif- und Gebührenpassungen sehen. Im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit am 16.07.2024 werde er noch einige Zahlen nennen und den Stadträten eine Übersicht bereitstellen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt fest, dass die Finanzthemen im entsprechenden Ausschuss in der nächsten Woche behandelt werden würden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

## **Bekanntgabe**

### **2 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen**

Herr Grandmontagne verweist auf die bereits in der Vergangenheit im Ausschuss für Kultur und Bildung verteilten Kulturtüten und lädt dazu ein, diese mitzunehmen. Letzte Woche habe man Besuch von sieben Ingolstädter Partnerstädten gehabt. Das Programm in Verbindung mit dem Bürgerfest sei sehr schön gewesen. Am Samstagnachmittag habe im Theater ein Empfang mit dem Oberbürgermeister, den weiteren Bürgermeisterinnen und Mitgliedern des Stadtrates stattgefunden. Zwei Städtepartnerschafts-Jubiläen, einmal zehn Jahre mit der chinesischen Partnerstadt Foshan und 45 Jahre mit der slowenischen Stadt Murska Sobota, habe man feiern dürfen. Die mittlerweile älteste Partnerschaft würde mit der schottischen Stadt Kirkcaldy mit

rund 60 Jahren bestehen, meint Herr Grandmontagne. An diesem Wochenende gebe es eine kleine Delegation, die in Murska Sobota den Gegenbesuch abstatten werde. Sie hätten sich sehr gefreut, in Ingolstadt zu sein.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erzählt, dass sie selbst bereits einige Male Partnerstädte besucht habe und über einen stets sehr wohlwollenden Empfang berichten könne. Es gehe aber nicht nur um die Besuche, sondern auch um Projekte, die daraus entstehen würden, wie zum Beispiel Schülerpartnerschaften. Damit würde jungen Leuten die Möglichkeit eröffnet, ihren Blick nach Europa und darüber hinaus, zu erweitern. Aber auch Hilfsprojekte seien mit den Partnerstädten gestartet worden. Diese Partnerschaften seien sehr wertvoll, betont sie.

Am Sonntag habe das Stadtmuseum seine Türen für die Ausstellung über die Verfolgung und den Widerstand der Zeugen Jehovas im Dritten Reich, geöffnet, informiert Herr Grandmontagne. Dabei handle es sich um einen Teil einer Ausstellung des NS-Dokumentationszentrums in München, das sich unter anderem auch Ingolstädter Biografien annehme. Bei der Eröffnung am Sonntag seien mehr Menschen da gewesen, als in den Raum gepasst hätten. Auch Vertreter der Opferfamilien seien gekommen. Ein Besuch der Ausstellung lohne sich sehr.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stimmt ihrem Vorredner zu, dass die Ausstellung ein sehr interessantes Thema behandle.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

## **Bekanntgabe**

### **3 . Sachstandsbericht Schulbaumaßnahmen**

Herr Hoffmann geht anhand der PowerPoint-Präsentation auf den Sachstand zu den Schulbaumaßnahmen ein und erklärt, dass der Bericht nach den Schultypen gruppiert sei. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet. Zur Grundschule Haunwöhr erklärt er, dass man versuche, im Bestand die Grundkonstruktion zu halten und die dortige gebundene graue Energie wieder zu nutzen. Allerdings sei die Fassade in solch einem schlechten Zustand, dass man eine dementsprechend schlechte Ökobilanz bekomme, sodass die Fassade gegen eine Holzfassade getauscht werde. Die Entkernung und

die Abbrucharbeiten im Bestandsgebäude würden nun ab dem Sommer beziehungsweise Herbst 2024 laufen. Der Beginn der Baumeisterarbeiten mit dem Spezialtiefbau werde ungefähr im November stattfinden. Bei der Grundschule Hundszell sei man mit den Architekten, mit denen beim Apian-Nordteil bereits zusammengearbeitet worden sei, gut unterwegs. Der Baumeister habe nun mit dem Erweiterungsbau und den Vorbereitungen für die Baugrube begonnen. Die nächsten Schritte seien die Entkernung und die Abbrucharbeiten im Altbau, sodass bereits mit dem Ausbau begonnen werden könne. Damit die Fertigstellung der Grundschule an der Lessingstraße rechtzeitig zum Schuljahresbeginn 2025/2026 gelinge, müsste mit einem noch ausstehenden Fachplaner sehr schnell eine Lösung für die Weiterführung des Vertrages herbeigeführt werden. Weil die Situation sehr schwierig sei, habe man parallel in den interimswise aufgestellten Containern vor Ort, insbesondere auf Wunsch des Elternbeirates und der Schule, diverse Maßnahmen umgesetzt. So seien zusätzliche Spinte eingebaut, ein zusätzlicher Lagercontainer, fahrbare Untersätze für Küchenbehälter und weitere Stühle für den Werkraum angeschafft und die Küchenmöbel etwas erneuert worden. Derzeit versuche man, die Geruchssituation in den Sanitärcontainern zu verbessern. Bei der Erweiterung der Grundschule Ringsee werde eine möglichst weitgehend elementierte Bauweise angestrebt, so Herr Hoffmann. Die Klassenräume sollen an den bereits vorhandenen Schulflur angebaut werden. Am 29.06.2024 hatte für die Stadtratsfraktionen und -gruppierungen eine Infoveranstaltung zur Grundschule Unsernherrn stattgefunden, die leider schmal besucht worden war. Deswegen werde man diese nochmals anbieten, um aufgrund der vielen dazu gefassten Stadtratsbeschlüssen zu erklären, wie der Kostenrahmen in Höhe von 38,5 Millionen Euro zustande gekommen sei. Da es sich dabei um eine sehr hohe Summe handle, hatte man jedoch bereits überlegt, wie die Kosten zu reduzieren seien. Im Ergebnis habe man beim vorliegenden Entwurf circa 3,4 Millionen Euro an Einsparpotenzialen bisher ermittelt. Für weitere Kostensenkungen wäre allerdings eine Abweichung von Stadtratsbeschlüssen oder anderen bisher eingeführten Standards notwendig. Bei der Grundschule Wilhelm-Ernst laufe die Sanierung des Feselenbaus sehr gut. Inzwischen sei das Gebäude komplett eingerüstet, innen entkernt und auch die Klinkerfassade bereits in der Sanierung. Im Fassadenelement werde der Sonnenschutz versteckt sein. Der Feselenbau werde am Schluss ein wenig an den Altbau erinnern, aber den Kindern ein modernes und sehr angemessenes Ambiente bieten können. Der Bau der Mittelschule Süd Ost laufe sehr gut. Der Beginn der Außenanlagen stehe kurz bevor. Nur an der Fassade gebe es ein paar Farbsunterschiede, die man als Bauherr so nicht bestellt hatte. Die ausführende Firma sei

aber sehr kooperativ, übernehme die Gewährleistung und bessere dies aus. Der Farbunterschied führe weder zu Mehrkosten noch zur Verzögerung im Terminplan. Bei der Mittelschule Mitte West am Schulcampus Ingolstadt Friedrichshofen habe man den Sonderfall, dass dort mit dem Bezirk Oberbayern und der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule zusammen ein „Inklusionscampus“ entstehen solle. Derzeit laufe die Leistungsphase 2, der sogenannte Vorentwurf, bei dem der Gewinnerentwurf des Wettbewerbs noch einmal überarbeitet werde, sodass er wirklich den Realitäten entspreche. Gemeinsam habe man auch eine gute Lösung zur Unterbringung der Freisportflächen gefunden. Bei der Mittelschule Oberhaunstadt müssen für die Interimslösung einige Bäume weichen, weil bei einer Verschiebung des Gebäudes zum Schutz dieser Bäume unter anderem die Abstandsflächen oder die Richtlinien zum Brandüberschlag nicht eingehalten werden können oder man sich angrenzend bereits in der Zone II des Wasserschutzgebietes befinde. Allerdings habe man zum Ausgleich einen kleinen Streifen östlich gepachtet. Derzeit suche man auch nach Flächen, um Ersatzpflanzungen vornehmen zu können. Der Schwingboden der Turnhalle des Christoph-Scheiner-Gymnasiums sei nun fertig ausgetauscht worden. Auch die Undichtigkeiten in der Prallwand und dem Dach seien behoben worden. Derzeit würden außerdem die Planungsüberlegungen für die Sanierung des Katharinen Gymnasiums laufen. So stehe die Frage im Raum, ob überhaupt eine Sanierung gemacht werden könne, wenn die Fachräume nicht ausgelagert oder gegebenenfalls erweitert werden können. Eventuell könnte der Fachraumbereich an einer Stelle zentriert werden, aber das werde mit sämtlichen Stellen abgestimmt. Gleichzeitig solle die Raumprogrammerstellung so ähnlich wie beim Apian Gymnasium und parallel mit diesem möglichst bis Ende des Jahres 2024 durchgeführt werden, sodass man am Ende ein schulaufsichtlich genehmigtes Raumprogramm habe. Die Dachundichtigkeiten seien vorläufig behoben, würden sich aber in einem nur derzeit stabilen Zustand befinden. Wie lange dies halte, könne man nicht voraussehen. Beim Reuchlin Gymnasium werde derzeit die Dachsanierung des Hauptbaus vorangetrieben, in dem für das fertiggestellte Gebäude Ost eine neue Lüftungszentrale eingebaut werden soll. Die Inbetriebnahme dieser, sei für die Herbstferien angedacht. Beim Gebäude West sei die Sanierung geprüft worden. An sich sei eine Sanierung auch möglich, allerdings mit Einschränkungen im Bereich der Barrierefreiheit. So werde man als Mensch mit Behinderung nicht an alle, aber an alle wichtigen Plätze, innerhalb des Gebäudes gelangen können. Eine zentrale Lüftungsanlage werde es nicht geben; stattdessen müsse mit Inzellösungen gearbeitet werden. Der Neubau der FOS / BOS werde dieses Jahr fertiggestellt, wodurch auch der Weg, den man als Baustelleneinrichtung in Richtung Glacis belegt hatte, in den Sommerferien wieder freigegeben werden könne. Derzeit sei

man mit der IFG hinsichtlich einer Lösung für den Betrieb der Tiefgarage im Gespräch, weil der Parkraum dann von mehreren Nutzergruppen flexibler genutzt werden könnte.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hebt hervor, wie viel derzeit im Bereich der Schulen passieren würde.

Stadtrat Dr. Schickel betont die gute Transparenz bei den Schulbaumaßnahmen. Es sei ein sehr ambitioniertes Vorhaben, in den nächsten fünf Jahren all diese Projekte durchzuziehen. Er bittet darum, die Präsentation allen Stadtratsmitgliedern und wenn möglich auch den Schulleitungen zukommen zu lassen, um gegenüber Nachfragen aus der Elternschaft oder sonstigen Interessierten, auskunftsfähig zu sein.

Auch Stadträtin Hagn bittet um Zusendung der Präsentation, um sich für die einzelnen Schulen informieren zu können.

Herr Hoffmann sagt zu, die Präsentation online zu stellen und diese zukünftig vor der jeweiligen Sitzung bereits freizuschalten.

Stadtrat Over fragt, warum sich der Erwerb des Rosner Geländes immer weiter verzögere.

Es bestünden durchaus noch Themen, die mit dem Vertragspartner geklärt werden müssten, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an ihren Vorredner gewandt.

Die Schwierigkeiten würden im Detail bestehen, wie beispielsweise bei der Absicherung des Gesamtgeländes, wann es an die andere Partei übergehe, wer was abreiße oder nachher die Baugrube sichere, erklärt Herr Hoffmann Stadtrat Over. All diese Dinge müssten im Vertrag ausreichend geklärt sein.

Stadtrat Over möchte wissen, wie lange es noch dauere, bis die Verhandlungen abgeschlossen seien.

Spätestens nach den Sommerferien sei ein Vertragsschluss zu erwarten, meint Herr Hoffmann auf die Frage von Stadtrat Over. Dann könne man mit den weiteren Planungen fortfahren. Die Überlegung sei, statt einem Wettbewerb ein Verfahren mit

einem kleinen Plangutachtenteil durchzuführen, bei dem schon eine erste Skizze erstellt werden müsste. Mit dieser Variante verliere man weniger Zeit, sodass Ende des Jahre 2024, Anfang 2025 in das Bauvorhaben richtig eingestiegen werden könne. Dann könnte die neue Mittelschule innerhalb von fünf oder sechs Jahren fertig sein.

Jetzt sammle man erstmal einmal Erfahrungen mit dem modularen Bauen, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Wenn die Qualität passe, bestünde vielleicht die Möglichkeit, das Verfahren zu beschleunigen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch noch nichts festgelegt.

Bezüglich der Grundschule Haunwöhr fragt Stadtrat Reibenspieß, ob die Fertigstellung Ende 2026 zu erwarten sei und damit der Unterricht zum Schuljahresbeginn im September 2027 im neuen Gebäude starten könne.

Herr Hoffmann bejaht die Frage seines Vorredners. Die Schule müsse leider während des Schuljahres wechseln, weil man erst Ende 2026 fertig werde und nicht im September zum Schuljahresbeginn.

Während des Schuljahres umzuziehen stelle eine große Belastung, nicht bloß für den Lehrkörper, sondern vor allem auch für die Schüler dar, so Stadtrat Reibenspieß. Zum gesamten Schulzentrum Südwest und der Fahrradständersituation vor Ort, möchte er wissen, warum die Fahrräder mitten auf den Flächen kreuz und quer stehen würden, anstatt den großen Fahrradkeller zu benutzen. So bekämen die Schüler auch mehr Freiflächen draußen.

Tatsächlich gebe es Tage, an denen in der Fahrradtiefgarage noch Platz sei, antwortet Herr Hoffmann. Allerdings herrsche an vielen Tagen die gegenteilige Situation, so dass der Fahrradkeller brechend voll sei und deswegen die Fahrräder auf den Freiflächen abgestellt werden müssten. Man versuche nun mittels weiterer Fahrradständer etwas mehr Ordnung in die Situation zu bringen.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

**Beratend****4 . Einführung eines undotierten Kulturpreises  
(Referenten: Herr Engert, Herr Müller)  
Vorlage: V0415/24**Antrag:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Preisen der Stadt Ingolstadt für kulturelle Leistungen vom 12.12.1996 entsprechend der Anlage 1 zu dieser Beschlussvorlage.

Die Stadt Ingolstadt hat einige Kunst- und Kulturpreise, führt Herr Grandmontagne ins Thema ein. Seit 2019 werde jährlich ein solcher verliehen. Zusätzlich würden ein Kunstförderpreis, ein Klassikförderpreis und seit dem Jahr 2024 im zweijährigen Rhythmus der Klaus-W. Sporer-Preis für junge Menschen mit Mehrfachbegabung auf künstlerischem Gebiet, verliehen werden. Bei der letzten Sitzung zur Auslobung der Preise sei eine Regelungslücke aufgefallen, die durch eine Satzungsänderung behoben werden könnte. Denn manche der vorgeschlagenen Kandidaten seien im Gegensatz zu vielen Künstlern festangestellt. Nun sei die Frage aufgekommen, ob ein finanziell dotierter Preis durch die Stadt an jemanden verliehen werden könne, der bei der Stadt Ingolstadt angestellt sei. Um diese Lücke zu schließen, solle ein neuer, undotierter Kulturpreis verliehen werden. Dazu sei allerdings eine Satzungsänderung von Nöten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll stellt die Frage, ob theoretisch auch ein undotierter Kunstpreis verliehen werden könnte. Wenn man bereits eine Satzungsänderung vornehme, könnte man dafür gleich die Möglichkeit schaffen.

Stadtrat Dr. Schuhmann freut, dass die Verwaltung die Anregung aufgegriffen habe, einen undotierten Kulturpreis einzuführen. So wie es in der Beschlussvorlage formuliert sei, könne der Preis vergeben werden; eine Verpflichtung bestehe also nicht. Er hofft, dass der Antrag auf allgemeine Zustimmung treffe.

Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erachtet den Preis, für den es nur einen warmen Händedruck gebe und der vielleicht in der Vita stehe, als eine suboptimale Idee, erklärt Stadträtin Krumwiede. Sie verstehe das Anliegen, könne jedoch

nicht nachvollziehen, welchen Reiz dieser undotierte Preis mitsichbringen solle. Deswegen rät sie von einer Satzungsänderung ab. Es gäbe bereits zahlreiche Preise, die die Stadt vergeben könne. Wenn es gewünscht sei, dies für eine gerechtfertigte ganz besondere Ausnahme zu machen, sei das in Ordnung, jedoch nicht, um daraus allgemein einen Preis zu machen, der jährlich vergeben werden könne.

Die Preise seien ihrem Gefühl nach abschließend, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Wenn man nun eine Ausnahme mache, müsste man diesen Preis nach juristischer Einschätzung in die Satzung mitaufnehmen. Der undotierte Kulturpreis solle nicht jährlich, sondern nur in absoluten Ausnahmefällen übergeben werden, stellt sie klar.

Herr Grandmontagne betont, dass er sowohl das Anliegen, als auch die Bedenken teile. Für ihn überwiegen aber die Vorteile, eine solche undotierte Preiskategorie einzuführen, denn gerade so können man in der freien Szene deutlich machen, dass aufgrund der besonderen Herausforderung freischaffender künstlerischer Tätigkeit differenziert werde. Ohne diese Differenzierung würden freischaffende und angestellte Künstlerinnen und Künstler gleichbehandelt, obwohl sachliche Gründe eine Ungleichbehandlung erforderlich machten. Entbehrlich sei die Schaffung dieser Kategorie allerdings, wenn man keinen Kulturpreis, sondern einen anderen städtischen Ehrenpreis verleihen würde. Dann allerdings fehle es an der kulturellen Dimension. Daher empfehle er, der Einführung eines undotierten Kulturpreises zuzustimmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll fragt, ob das Miteinbeziehen der Kunst als nicht erforderlich angesehen werde.

Herr Grandmontagne antwortet seiner Vorrednerin, dass „Kultur“ der Überbegriff sei.

Gegen 3 Stimmen (Stadträtin Leininger, Stadträtin Krumwiede, Stadtrat Over):

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

## **Bekanntgabe**

- 5 . Jahresbericht 2023 -2024 Stadtbücherei Ingolstadt  
(Referent: Herr Engert)  
Vorlage: V0361/24**

Antrag:

Der Jahresbericht 2023 – 2024 der Stadtbücherei Ingolstadt wird bekanntgegeben.

Die Hauptthemen seien die Leseförderung und die Lesekompetenz durch die verschiedenen Altersgruppen, führt Frau Marx-Teykal in das Thema ein. Über verschiedene Jahre könne man belegen, dass die Bücherei das „Coronatief“ sehr gut überstanden habe. Überraschenderweise sei der analoge Anteil der Medien ungebrochen hoch. Als man 2012 die E-Books in der Stadtbücherei eingeführt habe, sei man davon ausgegangen, dass die analogen Bücher und Zeitschriften einbrechen würden. Dies habe sich so jedoch nicht bestätigt. Während der Pandemie sei die Nutzung der digitalen Medien deutlich gestiegen. Danach würden die Zahlen des analogen Anteils wieder wie früher sein. Dies begrüße sie sehr. Die Anzahl der sogenannten aktiven Leser sei im Vergleich zu 2019 etwas gestiegen. Dies sei sehr erfreulich und für Frau Marx-Teykal ein Indiz dafür, dass die Lesekompetenz als Bildungsbestandteil in den Familien angekommen sei. Dass man mit den Angeboten der Stadtbücherei und deren Außenstellen zeitaufwendige Schulklassenbesuche abhalte, zeige tatsächlich Wirkung. Wenn diese Besuche regelmäßig jährlich stattfänden, würden die Informationen dazu daheim bei den Eltern landen. Dies soll auch weiterhin fortgeführt werden. Nichtsdestotrotz stelle man die sehr personalintensiven Dinge auch auf den Prüfstand und betrachte, wo was wirklich ankomme, an welcher Stelle sich der Zeitaufwand wirklich lohne und an welchem Punkt das Engagement reduziert werden könne, weil es keine Nachfrage gebe oder zu geringe Wirkung zeige. Noch mehr leisten könne man allerdings nicht, da es im Herzogskasten eine 6-Tage-Öffnungswoche gäbe, wozu noch die Veranstaltungen kämen. Leseförderung sei aber das Hauptanliegen und eine Herzensangelegenheit, um die man sich kümmere und keine Abstriche machen wolle.

Dass die Stadtbücherei eine wichtige Anlaufstelle sei und die Leute weiterhin großen Wert auf Bücher aus Papier und nicht den eBooks legen würden, begrüßt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sehr.

Stadtrat Reibenspieß freut, dass seit dem Jahr 2023 ein Anstieg zu verzeichnen sei und die Stadtbücherei sich so sehr für die Leseförderung einsetze. Besonders erfreulich sei außerdem, dass beispielsweise die Grundschule Haunwöhr, die in den Nordtrakt des Apian-Gymnasiums ziehen solle, bei der Anzahl der Ausleihen so stark sei.

Dagegen stehe die Entwicklung, dass die Lesekompetenz und die Fähigkeit insgesamt enorm abnehmen würden. Er fragt, ob es Zahlen darüber gebe, ob eine bestimmte Schule davon besonders betroffen sei.

Auf bestimmte Schulen in Ingolstadt könne sie das weder im positiven noch im negativen Sinne begrenzen, ausweiten oder bestimmen, antwortet Frau Marx-Teykal an ihren Vorredner gewandt. Sie beziehe sich nur auf die allgemeinen PISA-, IGLU- und sonstige Studien und nicht gezielt auf Ingolstadt. Im Schulzentrum habe man die Zunahme der Zahlen bemerkt, weil die Schüler, die die Bücherei besuchen würden, meist älter seien. Allerdings würden vermehrt Grundschulmedien entliehen werden, was an der Auslagerung der Grundschulen dort liege.

Bei den Kennzahlen der Ausleihverteilung auf die Standorte, könne sie die Zahl von 12,2 Prozent schlecht einordnen, weshalb Stadträtin Hagn um eine kurze Erläuterung bittet.

Alle Standorte zusammengefasst würden 100 Prozent ergeben, erklärt Frau Marx-Teykal ihrer Vorrednerin. Der Herzogskasten als zentrale Hauptbibliothek habe fast 59 Prozent und Südwest 12,2 Prozent. Im Jahresvergleich von 2020 auf 2023 stelle dies eine deutliche Steigerung von 1,5 beziehungsweise 1,7 Prozent dar. Dies sei ein guter Wert, weil die Bücherei Südwest eigentlich zu nahe an dem Standort der Stadtmitte liege. Eine eigenständige Stadtteilbücherei müsste nach bibliothekarischen Kennzahlen eigentlich weiter weg sein, um eine wirklich große Resonanz zu finden. Auch in den absoluten Zahlen finde sich die Steigerung von mehreren 1.000 Büchereibesuchern mehr, wider.

Stadtrat Dr. Schickel bestätigt Frau Marx-Teykal darin, die Leseförderung weiterhin so aktiv zu betreiben. Denn Lesen sei einer der Schlüsselkompetenzen schlechthin. Mit der zunehmenden Digitalisierung sei es für die Kinder und Jugendlichen besonders wichtig, wieder ein Gefühl für die echten Bücher zu entwickeln und intensiv lesen zu lernen. Häufig gebe es sehr begabte migrantische Kinder, bei denen man feststellen müsse, dass sie gerade in der Kompetenz des Lesens und des Verstehens enorme Defizite aufweisen würden.

Stadträtin Mader hebt den Bücherbus hervor, der ihrerseits ein Liebling sei und den sie schon oft besucht habe. Dieser sei ein gutes Mittel für die Leseförderung, da sich die Eltern mit ihren Kindern für einen Besuch bewusst Zeit nehmen würden.

Das Vorlesen, auch in der Muttersprache sei sehr wichtig, bemerkt Stadträtin Leininger. Allerdings bleibe ein Aspekt dabei meist etwas unbeachtet. So beginne das erste Bildungserlebnis mit dem Vorlesen bereits weit vor der Kita oder dem Schuleintritt. Dort würden die Grundlagen und das Interesse an Büchern gelegt werden. Es gebe einen steigenden Anteil von migrantischen Familien, die zuerst in ihrer Familiensprache vorlesen müssten, um Bildungsgrundlagen bei sehr kleinen Kindern legen zu können. Gerade in diesem Punkt könne man noch sehr viel erreichen und tun. Sehr kleinen Kindern mittels eines Buches die ersten Dinge zu erklären und letztendlich die Welt zu erschließen, sei eine Grundlage für die Bildung. Man müsse sich fragen, wie man an die Eltern herantreten und sie ermutigen könne, in ihrer Familiensprache vorzulesen und dies als Bildungschance für ihre Kinder zu nutzen. An dieser Stelle gebe es noch viel Entwicklungsraum- und potenzial.

Im Herzogskasten gebe es bereits seit vielen Jahren einmal im Monat muttersprachliches Vorlesen für Kinder in fünf verschiedenen Sprachen, teilt Frau Marx-Teykal mit. Dies sei konstant. Auch im Bürgerhaus gebe es in anderen Sprachen mehrere Sprachgruppen, in denen in der Muttersprache mit Fingerspielen, Liedern und kleinen Geschichten vorgelesen werde, um genau dieses Sprachzentrum auszubilden, und dann die Zweitsprache deutsch einfacher und besser lernen zu können. Das muttersprachliche Vorlesen in der Stadtbücherei sei mitunter ein Treffpunkt sowohl für die Familien, als auch für die Kinder. Es funktioniere über die Kulturvereine, die das Vorlesen organisieren würden. Häufig sei es so, dass man mit der Spielplatzgruppe zum Vorlesen komme und das eine aktive Mutter, die anderen Mütter oder Familien mitziehe. Wenn die Kinder größer werden, breche der Kontakt zu der Vorlesegruppe ab. Deswegen seien die Kulturvereine so wichtig, denn dort werde der Stab weitergegeben und es gebe für die Bücherei hinsichtlich der Organisation des Ganzen einen verlässlichen Ansprechpartner. Wenn es nur um einzelne Familien gehe, habe man auch in einzelnen Sprachen vorgelesen. Das sei aber sehr kurzlebig. Ihrer Ansicht nach seien die Kulturvereine die Schlüsselgruppe, um die Familien anzusprechen, die in ihrer Sprachgruppe meist aktiv seien und an die die Bücherei mit ihren normalen Werbemitteln nicht so heran käme, meint Frau Marx-Teykal. Wenn sich diese Familien schon in der Kinderbücherei aufhalten würden, sei bereits der erste Schritt getan.

Herr Grandmontagne teilt die Analyse seitens Stadträtin Leininger. Es herrsche kein Mangel an Ideen, die Potenziale der dort vertretenen Institutionen – der Stadtbücherei und beispielsweise der Volkshochschule – um ein Vielfaches zu steigern. Die Situation gestalte sich derzeit jedoch so, dass im Moment wenig Möglichkeiten bestünden aus den Vollen zu schöpfen. Aber es gebe viele Wege im Bereich der Leseförderung, gerade in Bezug auf migrantische Communities und der Kontextualisierung, der Arbeit von Kitas und Schulen und derer der Volkshochschule und der Stadtbücherei, mehr anzustoßen. Das sei jedoch auf der Basis der bisherigen Kapazitäten dieser beiden Institutionen nicht möglich. Jetzt sei allerdings nicht die Zeit dafür, sich das zu überlegen.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

### **Beratend**

- 6 . VHS-Verbund Ingolstadt-Eichstätt  
(Referenten: Herr Engert, Herr Grandmontagne)  
Vorlage: V0428/24**

#### Antrag:

Der Gemeinschaftszweckvereinbarung und der Geschäftsordnung für den VHS-Verband Ingolstadt-Eichstätt wird zugestimmt.

Derzeit befinde man sich auf der Zielgeraden der Verbundbildung, berichtet Frau Dr. Neumann, Leiterin der VHS Ingolstadt. Fast zwei Jahre habe man gebraucht, um einen für beide Seiten gangbaren Weg zu finden. Hintergrund sei, dass die VHS Eichstätt rückwirkend zum 01.01.2024 nicht mehr förderfähig sei, weil die Mitgliederversammlung der bayerischen Volkshochschulen 2016 beschlossen hatte, die Kriterien zu ändern. Sehr kleine Einheiten seien somit gefährdet. Die VHS Eichstätt könne schon seit längerem gewisse Kennzahlen, wie die Teilnehmerdoppelstunden, die Doppelstunden und die Teilnehmer- und die Veranstaltungszahl, nicht mehr erfüllen. Die VHS Ingolstadt befinde sich sehr weit über dem Mindestmaß, weswegen der Verbund aus ihrer Sicht nicht notwendig sei. Selbst während der Coronapandemie habe sich die VHS Ingolstadt weit über den Mindestkriterien befunden und war keine Gefahr gelaufen aus der Förderung zu fallen. Nichtsdestotrotz sei es wichtig, eine intakte Volkshochschullandschaft aufrechtzuerhalten, wodurch man sich kommunal zusammenschließen könne. Die VHS Eichstätt mache ungefähr fünf Prozent des

Ingolstädters Umfangs aus. Gerade diese Ungleichheit habe die Verhandlungen im Vorfeld erschwert, meint Frau Dr. Neumann. Mit beiden Kommunalverwaltungen habe man mithilfe externer Begleitung eine gute Lösung gefunden, die als Entwurf der Geschäftsordnung und der Zweckvereinbarung vorliegen würden. Die beiden Volkshochschulen würden mit zwei Leitungen eigenständig bleiben und gleichberechtigte Partner sein. Die VHS Ingolstadt werde allerdings die Hauptstelle und der Hauptansprechpartner für den Dachverband sein und gegenüber dem Verband und der Regierung rapportieren. Die Erstellung der Verwendungsnachweise und der Statistik würden über die VHS Ingolstadt laufen. Zwar habe dies für die VHS Ingolstadt mehr Arbeit zur Folge, aber dafür gebe es bereits eine Lösung. Denn die Eichstätter hätten den Vorschlag gemacht, einen Verbundmanager einzustellen, der zu einer Viertelstelle für Ingolstadt arbeiten werde. Dies sei bereits mit dem Eichstätter Stadtrat abgesprochen. Eichstätt werde die Stelle schaffen und auch die gesamten Personalkosten tragen. Man hoffe, dass die an vielen Stellen angefallene Mehrarbeit dadurch kompensiert werden könne, indem sich der Verbundmanager beispielsweise um den Marketingauftritt, die Homepage und Social Media kümmere. Dies seien Aufgaben, die in der VHS Ingolstadt nebenbei liefen, weil es keine Marketingstelle gebe. In der Zweckvereinbarung und der Geschäftsordnung sei dies nun niedergelegt. Zum 01.01.2025 soll der Verbund zwischen Ingolstadt und Eichstätt zunächst für fünf Jahre eingegangen werden. Somit habe Eichstätt immer die Möglichkeit, sich zu entwickeln. Der politische Wille, etwas zu ändern, sei auch spürbar. So werde das Personal von ehemals 1,5 auf dauerhafte 3,5 Stellen aufgestockt und man versuche die räumliche Situation vor Ort zu verbessern, so dass es möglich sei, dass Eichstätt irgendwann wieder selbstständig sei könne. Bis es so weit sei, gehe man den Verbund ein und hoffe auf Synergieeffekte für Ingolstadt.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, dass das Projekt gut und im Sinne der Regionalisierung und der regionalen Solidarität sei.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

## **Bekanntgabe**

- 7 . Bericht der Projektgruppe Opfer des Nationalsozialismus in Ingolstadt (Mündlicher Bericht: Herr Grandmontagne)**

Herr Tietmann teilt mit, dass man nun zum dritten Mal über den Projektfortschritt der Projektgruppe zum Thema Opfer des Nationalsozialismus in Ingolstadt, berichte. Im Projekt befinde man sich derzeit zu Beginn der zweiten Halbzeit. Im Juli 2021 sei es mit einer Laufzeit von 5,5 Jahren gestartet worden. Enden solle es im Dezember des Jahres 2026.

Frau Günther stellt sich kurz vor. Sie sei studierte Kulturwissenschaftlerin und bereits in der KZ Gedenkstätte Dachau in einem Projekt zur Sammlungsinventarisierung tätig gewesen. Seit September 2023 sei sie nun in der Projektgruppe „Opfer des Nationalsozialismus in Ingolstadt“ involviert. Freiberuflich verfasse sie eine Studie zur Stadt Wasserburg am Inn im Nationalsozialismus. Im Folgenden geht sie abwechselnd mit Herrn Tietmann auf die Präsentation ein, die dem Protokoll als Anlage beiliegt. Insoweit wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Herr Tietmann fügt zum Ausblick auf Folie 15 hinzu, dass das Online-Gedenkbuch künftig im Mittelpunkt des Projektes stehen werde. Man werde dieses Gedenkbuch zum Anlass nehmen, die Ausrichtung des Projektes zu verändern. Die ersten drei Jahre habe man sich sehr viel um Veranstaltungen gekümmert und Ausstellungen begleitet oder entwickelt. Der Projektauftrag laute allerdings, Vermittlungsangebote zu konzipieren und nicht zu organisieren. Die Veranstaltungen und Ausstellungen habe man bisher sehr gerne gemacht, aber man wolle sich nun auf die Realisierung dieses Online-Gedenkbuches konzentrieren, um dessen Erstellung nicht zu gefährden. Deshalb werde man sich aus der Organisationsarbeit der Erinnerungskulturen erstmal zurückziehen und hinter den Kulissen an der Fundamentierung der bereits gesammelten Daten und des Wissens arbeiten.

In den letzten Jahren sei mit der Projektgruppe bereits sehr viel auf die Beine gestellt worden und zukünftig noch viel in Planung, hebt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor.

Stadtrat Reibenspieß betont das Engagement und den Ehrgeiz von Stadträtin Krumwiede zu der geleisteten Arbeit.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schließt sich den Worten ihres Vorredners an.

Der Bericht wird bekanntgegeben.

**Beratend**

- 8 . **Betreuung von Kindern an Ingolstädter Grundschulen im Rahmen der offenen Ganztagschule;  
hier: Gebührenübernahme bei geringem Einkommen  
(Referenten: Herr Engert)  
Vorlage: V0371/24**

Einstimmig befürwortet:

Die gesetzlichen Regelungen zur Gebührenübernahme an Kindertageseinrichtungen finden ab dem Schuljahr 2024/25 analoge Anwendung auf die Gebühren für die Betreuung in der Offenen Ganztagschule an Ingolstädter Grundschulen und die Kosten für die Mittagsverpflegung.

**Beratend**

- 9 . **Neugründung 3. staatliche Realschule;  
Sanierung und Umbau Haus D, Brückenkopf 1, 85051 Ingolstadt zur Nutzung als Interimsschulgebäude;  
Programmgenehmigung  
(Referenten: Herr Engert, Herr Hoffmann)  
Vorlage: V0404/24**

Antrag:

1. Der **Sanierung** und dem **Umbau des Hauses D** (aktuell Tilly-Realschule/ Wirtschaftsschule) als **Interimsschulgebäude** für die Neugründung der **3. staatlichen Realschule**, bis zum Neubau auf dem ehemaligen Rosner-Areal, wird zugestimmt.
2. Für die Interimsnutzung der 3. staatlichen Realschule wird zur Beschulung von bis zu **16 Klassen zzgl. 2 Ersatzklassen/ ca. 2,6 Züge** ein **Gesamtraumprogramm** von rd. 3.074 m<sup>2</sup> NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
  - 2.1 **Schulraumprogramm** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich von rd. 2.863 m<sup>2</sup> NUF 1-6.
  - 2.2 **Ganztagsraumprogramm** mit Flächen für schulische Ganztagsbetreuung (offene Ganztagsbetreuung) von rd. 211 m<sup>2</sup> NUF 1-6.
3. Für die **Mittagsverpflegung** stehen im Haus D keine Flächen bzw. küchentechnische Ausstattung zur Verfügung. Bis zur Inbetriebnahme als Interimsschulgebäude

wird ein Verpflegungskonzept (Mitnutzung externe Mensa oder Anlieferung) von der Verwaltung erarbeitet und abgestimmt.

4. Das **Sportanlagenraumprogramm für ca. 20 Sportklassen** wird durch Sportfahrten zu bestehenden Sportanlagen mit freien Belegungskapazitäten sichergestellt. Eine detaillierte Einweisungs-/ Belegungsplanung wird bis zur Inbetriebnahme von der Verwaltung erarbeitet und abgestimmt.
5. Die Planungsmittel in Höhe von 2.000.000 Euro für die Sanierung und den Umbau des Hauses D als Interimsschulstandort für die 3. staatliche Realschule werden genehmigt.  
Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 2.000.000 Euro wurden zum Haushalt 2024 auf der Haushaltsstelle 243000.940100 (Wirtschaftsschule, Hochbaumaßnahmen, Sanierung) über die Jahre 2024 und dem Finanzplanungszeitraum 2025 – 2027 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahme ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
6. Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die, in der Gesamtsumme enthaltenen, erforderlichen Mittel in Höhe von 50.000 Euro stehen in 2024 auf der Haushaltsstelle 243000.940100 (Wirtschaftsschule, Hochbaumaßnahmen, Sanierung) zur Verfügung.

Die Neugründung der Dritten staatlichen Realschule solle für 30 Klassen beziehungsweise für 5 Züge, die bereits vom Freistaat genehmigt wurden, sein, führt Herr Grandmontagne ins Thema ein. Die Realschule solle auf dem Rosner Gelände errichtet werden. Da der Erwerb des Rosner Geländes und damit entsprechend der Bau der Schule noch etwas Zeit in Anspruch nehmen würden, gehe es nun um entsprechende Interimsräumlichkeiten. Der Neubau der Realschule sei verschoben worden und der Stadtrat habe beschlossen, dass das Haus D am Brückenkopf zur Nutzung als Interimsgebäude saniert und umgebaut werden solle. Die nach der Schulentwicklungsprognose ansteigenden Realschulbedarfe könnten mit den Realschulkapazitäten, also den beiden Staatlichen Realschulen – Ickstatt und Fronhofer – bereits zum Schuljahr 2025/26 nicht mehr sichergestellt werden. Bis zum Schuljahr 2032/33 sei mit einer sukzessiv, aufbauenden Kapazitätsunterdeckung von rund 23 Klassen, das bedeute 3,8 Züge, zu rechnen. Eine Umverteilung auf private Realschulen in Ingolstadt sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Der Aufbau der Unterdeckung sei von der Entwicklung der Übertrittsquote abhängig. Nun sei der Punkt erreicht, zwingend zu handeln. Mit dem Flächenbestand im Haus D Am Brückenkopf könnten interimsweise bis zu 16 Klassen, zuzüglich zwei Ersatzklassen bei der Umnutzung, beziehungsweise Doppelnutzung von Multifunktionsräumen mit einer offenen Ganztagsbetreuung, beschult werden, so Herr Grandmontagne. Das Gesamtprogramm – erstellt in Anlehnung an den Basiswert der Flächenbandbreiten der Regierung von

Oberbayern – umfasse rund 3.074 Quadratmeter, wovon 2.863 Quadratmeter auf das Schulraumprogramm und 211 Quadratmeter auf die Ganztagsbetreuung entfallen würden. Das Raumprogramm, sowie die einzurichtenden Wahlpflichtfächergruppen seien eng mit der Dienststelle des Ministerialbeauftragten für die Realschulen in Oberbayern West abgestimmt worden. Es handle sich um einen Mindestbedarf, der notwendig sei. Die Kosten seien mit 10,5 Millionen Euro veranschlagt worden. Natürlich würden die bisherigen Schulräume auch weiterhin genutzt werden. Aufgrund der Programmierung seien Umbauarbeiten notwendig, weil gerade für die MINT-Fächer und für einen Kunstraum entsprechende Räumlichkeiten fehlen würden.

Stadtrat Dr. Schickel fragt, ob die veranschlagten Kosten von 10,5 Millionen Euro so investiert sei, dass eine Nachnutzung danach noch im Bereich des Möglichen liege.

Herr Hoffmann bejaht die Frage seitens Stadtrat Dr. Schickel.

Stadtrat Dr. Schickel interessiert, ob es bereits eine Idee für eine Nachnutzung gebe.

Bisher bestünden keine konkreten Pläne, die für eine Präsentation reif seien, antwortet Herr Hoffmann an seinen Vorredner. Man werde aber nichts einbauen, was nach der kurzen Interimszeit von ein paar Jahren, nicht mehr genutzt werden könne. Aufgrund der vielen Schulsanierungen sei man über jedes Klassenzimmer dankbar. Deswegen würde man in sämtliche Richtungen Überlegungen anstellen.

Stadtrat Dr. Schickel stellt die Frage, was mit den Schülern passiere, die im nächsten Schuljahr nicht in den Realschulen untergebracht werden könnten.

Dafür habe man bisher noch keine Lösung gefunden, antwortet Frau Bürkl an Stadtrat Dr. Schickel gerichtet. Die Verwaltung und die Schulen müssten ihre Kräfte bündeln, damit diese Maßnahme schnellstmöglich umgesetzt werden könne. So werde mit dem Ministerialbeauftragten noch geprüft und abgeklärt, ob man gegebenenfalls bei der zweiten Staatlichen Realschule statt dem Klassenraumprinzip, auch das Lehrerraumprinzip anwenden könne, weil damit in der Regel noch die Unterbringung einer weiteren Klasse möglich sei. Wenn die Mittelschule Süd Ost im Schuljahr 2025 bezugsfertig sei, könnte sich bei der GAMS bereits eine Entlastung ergeben, wodurch eventuell ein paar Klassen an der Ludwig-Fronhofer-Realschule angedockt werden könnten. Des Weiteren habe die Stadtverwaltung an die Diözese Eichstätt einen Brandbrief bezüglich des Ignatiushauses gesandt, um im Punkt der langfristigen

Anmietung mehr Sicherheit zu haben. Momentan handle es sich um ein Mietverhältnis, das jährlich kündbar sei, womit nur eine dürftige Planung möglich sei. Die Unsicherheit bei der Unterbringung der Schüler in den Realschulen habe sich durch die Diskussion zum Trägerwechsel bei den Gnadenthal-Schulen extrem verschärft. Die Gnadenthal-Schulen hätten bisher immer gesichert vier oder sogar fünf Klassen aufgenommen. Das sei jedoch massiv eingebrochen. Dieses Jahr habe man zwei schwache Eingangsklassen in der fünften Jahrgangsstufe gehabt, was infolgedessen an den Staatlichen Realschulen eine Belastung darstelle.

In der Vorlage sei die Information enthalten, dass Schüler, die an einer staatlichen Realschule nicht zum Zuge gekommen waren, nicht an einer privaten Schule unterbracht werden könnten, stellt Stadtrat Reibenspieß fest. Er möchte wissen, ob es Zahlen gäbe, die belegen würden, dass Eltern die Entscheidung treffen, ihr Kind direkt auf einer privaten Schule anzumelden, bevor es in einer staatlichen Schule keinen Platz bekomme. Des Weiteren bestehe die Alternative, in der Mittelschule auch den mittleren Bildungsabschluss zu erreichen.

Man könne die Eltern nicht zwingen, ihre Kinder an einer privaten Schule anzumelden, erklärt Frau Bürkl. Wenn sie an einer staatlichen Schule angemeldet seien, könne daran nichts geändert werden und man müsse dort eine Lösung finden. Die Entscheidung, ob jemand an der Mittelschule den M-Zug wähle oder nicht, liege im Bereich der Eltern, die man nicht beeinflussen könne. Schließlich hänge es mitunter auch von den Übertrittsnoten ab. Wenn jemand die Noten für die Realschule habe, dann werde oftmals auch dieser Weg gewählt.

Frau Bürkl habe betont, wie dringend das Thema entschieden und dann umgesetzt werden müsse, stellt Stadtrat Köhler fest. In der Vorlage sei eine Planungszeit von 1,5 Jahren veranschlagt. Er möchte wissen, ob es eine Möglichkeit gäbe, die Planungszeit zu verkürzen. Schließlich stehe das Gebäude bereits vor Ort.

Eine Sanierung gestalte sich komplizierter als ein Neubau, weil beim Öffnen von Wänden andere Dinge dahinter sein können, als im Bauplan ursprünglich eingezeichnet worden seien, so Herr Hoffmann auf Stadtrat Köhlers Frage hin. Man werde das Gebäude so schnell wie möglich sanieren. Die Kapazitäten im Hochbauamt habe man eingeplant.

Stadträtin Leininger interessiert, wie der aktuelle Stand bei den Gnadenthal-Schulen sei. Sie möchte wissen, ob es eine Willenserklärung der Diözese oder eine Zusage gebe, damit die Anmietung für längere Zeit gesichert sei.

Leider wisse die Stadt Ingolstadt nicht mehr, als das, was in der Zeitung publiziert worden sei, antwortet Frau Bürkl. So habe sich die Diözese Eichstätt entschlossen, die Trägerschaft für die private und kirchliche Schule in Ingolstadt und in Eichstätt, weiterzuführen. Wie dem Bericht weiter zu entnehmen war, werde die Diözese bis zum Jahr 2025 beziehungsweise 2026 ein Konzept entwickeln, wie sie diese Schulen aufstellen wolle.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll schlägt vor, mit der Diözese ins Gespräch zu gehen, um etwas mehr Klarheit und Planungssicherheit zu haben.

Für die Interimssituation müsse sehr viel Geld bereitgestellt werden, gibt Stadtrat Dr. Schuhmann zu bedenken. Er möchte wissen, was nach der Auslagerung mit dem Haus D passiere und ob es bereits Pläne für eine sinnvolle Weiternutzung gäbe.

Es gebe zwar noch keine konkreten, aber reichlich Ideen, antwortet Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Es würden keine zehn Millionen Euro aufgewandt werden, damit das eine Gebäude extra gebaut und das andere leer stehe.

Stadtrat Dr. Schuhmann fragt, was auf dem Rosner Gelände genau festgesetzt sei. Seinem Wissensstand nach seien eine Mittelschule, eine Realschule und ein Sportbetrieb geplant. Stadtrat Over hatte bereits das Problem mit dem Verein FC Grün-Weiß Ingolstadt e. V. angesprochen. Dazu möchte Stadtrat Dr. Schuhmann wissen, ob es diesbezüglich bereits einen gewissen Abschluss gebe. Denn der Verein habe seine Bedingungen, dass nicht nur der Sportplatz als solcher, sondern auch eine Art Vereinsheimmöglichkeit geschaffen werden solle, nach wie vor aufrechterhalten.

Man befinde sich nach wie vor in Gesprächen mit dem Verein FC Grün-Weiß, teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ihrem Vorredner mit. Ziel sei es, die Sportanlagen und eine kleine Aufenthaltsmöglichkeit auf dem Schulgelände zu verwirklichen. Eine Vereinsgaststätte sei seitens der Stadtverwaltung als Sportförderung schwer darstellbar.

Stadtrat Dr. Schuhmann versichert sich, dass auf dem Gelände eine Realschule, eine Mittelschule und eine ausreichende Sportmöglichkeit gesichert seien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bejaht die Frage von Stadtrat Dr. Schuhmann. Der konkrete Plan werde allerdings noch entwickelt. Ihr Ziel sei es vor allen Dingen den FC Grün-Weiß auf dem bisherigen Gelände so lange sportlich aktiv sein zu lassen, bis die anderen Sportflächen zur Verfügung stehen würden.

Herr Hoffmann meint an Stadtrat Dr. Schuhmann gerichtet, dass man einen groben Testentwurf mit zwei verschiedenen Varianten erstellt und überprüft habe. Dieser habe ergeben, dass die Flächen der beiden Schulen wie geplant untergebracht werden könnten. Allerdings müssten unter anderem die Sportflächen – soweit dies möglich und vorgabenkonform sei – gemeinsam genutzt werden. Auch die Mensa werde wohl gemeinsam genutzt werden müssen, weil man aus Kostengründen nicht für jede Schule eine eigene Mensa bauen könne.

Die Sportsituation an dieser Schule stelle sich für die Schülerinnen und Schüler als extrem unbefriedigend dar, kritisiert Stadtrat Dr. Schickel. Nach Gerolfing, Etting oder Oberhaunstadt transportiert zu werden, um dort Sportunterricht abzuhalten, sei äußerst aufwendig und für die Schulen kaum zu leisten. Nur Spazierengehen sei der sportlichen Gesundheit absolut nicht zuträglich.

In der Tat sei dies ein Problem, weswegen schnell mit den Schulsportflächen nachgezogen werden müsse, stimmt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ihrem Vorredner zu. Das gleiche Problem gebe es im Südosten Ingolstadts. Die Thematik sei aber bekannt und man arbeite bereits daran.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

## **10 . Teilweise Umbenennung der Parkstraße in „Hugo-Hölleneiner-Straße“**

### **Vorberatend**

**-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 27.04.2023-  
Vorlage: V0417/23**

Antrag:

Wir beantragen, die nächste neu zu benennende Straße beispielsweise im IN-Quartier nach Hugo Höllenreiner zu benennen.  
Zudem soll vor Ort eine Gedenktafel angebracht werden, welche an das Schicksal von Hugo Höllenreiner und seiner Familie sowie an den nationalsozialistischen Völkermord an Sinti und Roma erinnert. Die Einweihung soll am 2. August 2023 stattfinden, dem europäischen Holocaust Gedenktag für Sinti und Roma.

*Diskussion und Beschlussfassung siehe V0401/24.*

## **Beratend**

**Stellungnahme der Verwaltung**  
**(Referent: Herr Hoffmann)**  
**Vorlage: V0401/24**

### Antrag:

1. Der in Anlage 1 dargestellte Teil der Parkstraße wird in „Hugo-Höllenreiner-Straße“ benannt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Benennungsverfahren durchzuführen und die entsprechenden Verfügungen zu erlassen
3. Abweichend von der allgemeinen Zuwendungs- und Förderrichtlinie wird den betroffenen Privatpersonen eine Entschädigung von jeweils 100 Euro und ggfs. betroffenen Gewerbebetrieben in Höhe von 1.500 Euro im Rahmen einer Einzelfallentscheidung gewährt.
4. Der Stadtratsantrag V0417/23 ist nach Abschluss des Verfahrens erledigt.

*Der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0417/23 und der Antrag der Verwaltung V0401/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass die Umbenennung im Bezirksausschuss Mitte (BZA Mitte) mehrheitlich gebilligt worden sei.

Stadtrat Over möchte wissen, ob mit den vier Anliegern inzwischen gesprochen worden und wie deren Resonanz sei.

In der BZA-Sitzung hatte man mitgeteilt, mit den Anwohnern ins Gespräch zu gehen, nicht, dass man mit diesen bereits gesprochen habe, erklärt Herr Hoffmann. Dies sei im Donaukurier falsch dargestellt gewesen. Am Folgetag habe man sich mittels einem

Schreiben mit den Anliegern in Verbindung gesetzt. Von Seiten dreier Parteien habe man eine Rückmeldung erhalten. Ein Anwohner habe sich gemeldet, mit dem man dann öfters Kontakt hatte und der in einer Stellungnahme für drei Parteien gesprochen habe. Seiner Meinung nach, seien die Offizierswohnungen und der Brückenkopf mit der Parkstraße ein gewachsenes Ensemble, dass bereits aus der Festungszeit stamme. Deshalb sei er an dieser Stelle gegen eine Umbenennung aus. Aber er spreche sich klar für eine Hugo-Hölleneiner-Straße aus. Da differenziere er klar.

Das bedeute, dass die Umbenennung gegen den erklärten Willen des Anwohners erfolgen würde, erkundigt sich Stadtrat Over.

Herr Hoffmann bestätigt dies an seinen Vorredner.

Gegen 1 Stimme:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

**- Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet. -**